

Als Engagement den Beruf verhinderte



Von Manuel Fritsch
Fr, 28. Januar 2022
Freiburg

Vor 50 Jahren wurde der Radikalenerlass beschlossen, der zahlreichen Menschen in Freiburg den Eintritt in ihren Beruf verwehrte.



Zeitgenössische Broschüren über Berufsverbotsverfahren im Archiv für Soziale Bewegungen. Foto: Thomas Kunz

„Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt“, heißt es in dem sogenannten Radikalenerlass, der heute vor 50 Jahren beschlossen wurde. Mehrere Millionen Menschen wurden aufgrund des Beschlusses überprüft, wohl mehr als 2000 wurden vorerst nicht eingestellt oder verloren ihren Job. Auch in Freiburg. Nachwirkungen haben diese „Berufsverbote“ bis heute.

Als Klaus Lipps 2006 nach 40 Jahren als Lehrer eine Urkunde überreicht bekommt, mit dem Dank des Landes Baden-Württemberg für „40 Jahre treue Dienste“, weiß er nicht, was er denken soll. „Das war zum Totlachen“, sagt er, „aber immerhin...“ Denn ebenjenes Land hatte jahrelang dafür gekämpft, dass Lipps keine 40 Jahre in seinen Diensten stehen kann. Angefangen hatte es mit einem Anruf in seiner Schule, erzählt Lipps: „Sind Sie der Klaus Lipps aus der Scheffelstraße in Freiburg?“, wurde er gefragt. Lipps sagte ja – er hatte während des Studiums in der Scheffelstraße gewohnt. Damit war

klar: Er war der Klaus Lipps, der sich im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) engagiert hatte und 1971 in die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) eingetreten war. Und damit, so sah es das Oberschulamt, habe er gegen seine Beamtenpflichten verstoßen. Lipps wurde entlassen, er klagte, gewann, wurde wieder entlassen, klagte und gewann erneut. Erst 1991 konnte er seinen Beruf letztendlich ausüben.

Ähnlich wie Lipps erging es vielen. Das Freiburger Archiv für Soziale Bewegungen auf dem Grethergelände hat in Freiburg knapp 30 Menschen ausfindig gemacht, die vom Radikalenerlass betroffen waren. Die Liste ist aber nicht vollständig.

Am 28. Februar 1972 hatten die Regierungen von Bund und Ländern beschlossen, Bewerber für den Öffentlichen Dienst, teils auch Beamte, auf Verfassungstreue zu überprüfen. Dafür wurde eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz durchgeführt. In Freiburg wurde den meisten ihre Mitgliedschaft in der DKP, im Marxistischen Studentenbund Spartakus oder in einer anderen der damals zahlreichen linken Gruppen zum Verhängnis. Betroffen waren Lehrerinnen und Lehrer, Tutoren und wissenschaftliche Hilfskräfte an den Hochschulen, aber auch eine Archivarin und ein Wasserbau-Ingenieur sind in Freiburg vermerkt. Deutschlandweit bekannt wurde der Fall des Freiburgers Werner Siebler, der aus politischen Gründen seine Arbeit als Briefträger verlor. Alt-Stadtrat Hendrijk Guzzoni wurde seine Einbürgerung aufgrund seiner DKP-Mitgliedschaft verweigert, wodurch er sein Referendariat nicht antreten konnte.

Proteste gegen Berufsverbote in Deutschland und Europa

"Ich habe dann stattdessen 28 Jahre lang Essen ausgefahren", erzählt er im Gespräch mit der BZ. Andere, "Freunde oder Genossen", wie er sagt, hätten Jahre später – die Regelanfragen wurden ab 1985 eingestellt – noch den Einstieg geschafft, er habe aber irgendwann mit der Idee abgeschlossen. "Das ist schon schade, denn ich wäre gerne Lehrer geworden und bin auch überzeugt, dass ich ein guter Lehrer gewesen wäre", so Guzzoni.

In Freiburg, in ganz Deutschland, und auch im europäischen Ausland entstanden im Zuge der Berufsverbote zahlreiche Solidaritätskampagnen und -komitees. Im Archiv für Soziale Bewegungen sind zahlreiche Broschüren archiviert, Veröffentlichungen des Berufsverbotskomitees, von Fachschaften oder einzelnen Betroffenen. Veranstaltungen, Flugblätter, Dokumentationen, Demonstrationen und Solidaritätsadressen von Kollegen zeugen von einer breiten Front gegen die Praxis der Berufsverbote.

In Baden-Württemberg wurde die Regelanfrage 1991 abgeschafft. Andere Länder hatten das schon Jahre vorher getan. Für die Betroffenen war die Sache damit aber noch lange nicht erledigt. Nicht nur die finanziellen Einbußen, die sie erlitten hatten und die sich auch auf die Rentenbezüge auswirken, wiegen schwer. "Als das fertig war, bin ich zusammengeklappt", erzählt Klaus Lipps. Er habe eine Art Paranoia entwickelt. "Nur mit meinen Schülern ging es, sonst mit niemandem", so Lipps. Zwei Jahre lang war er in Behandlung. Auch Guzzoni berichtet von Verfolgungsgefühlen, der offene politische Austausch habe gelitten. "Auch dass die DKP fast verschwunden ist, hängt mit den Berufsverboten zusammen", sagt er. Viele seien aus- oder gar nicht erst eingetreten. Und: "Die politische Kontrolle läuft nach wie vor", sagt er und erzählt von Vorfällen, wo allein seine Anwesenheit als Argument für behördliche Nachforschungen gedient habe. Werner Siebler hat sich jüngst mitteilen lassen, was der Verfassungsschutz über ihn gespeichert hat. 37 "Erkenntnisse" wurde ihm übermittelt: Vorträge zu Berufsverboten, seine Kandidatur für die Linke Liste bei Kommunalwahlen oder eine Demonstration gegen die rechtsextreme NPD. Die Einträge reichen bis ins Jahr 2017. Für Siebler der Beweis dafür, "dass die Betroffenen weiterhin durch den Verfassungsschutz verfolgt und bespitzelt werden".

Ressort: **Freiburg**

Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der BZ vom Fr, 28. Januar 2022:

» Zeitungsartikel im Zeitungslayout: [PDF-Version herunterladen](#)